

REDE VON ULF IMMELT

DGB-Region Mittelhessen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch uns als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung können die Rechtsentwicklung und die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt nicht egal sein. Es waren unsere Kolleginnen und Kollegen, die die Faschisten schon lange vor der Machtübertragung 1933 erbittert bekämpft haben. Und es waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter die als Erste von den Nazis in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet wurden.

Daher macht es Mut, dass heute so viele Menschen hier sind, um ein klares Zeichen gegen rechts zu setzen. Wir sehen, wie Rechtspopulisten und Faschisten zündeln. Wir erleben, wie an unseren Werten Solidarität, Vielfalt und Weltoffenheit Feuer gelegt wird.

Wenn wir also heute hier stehen und sagen: Bis hierhin und keinen Schritt weiter, dann sind wir im besten Sinne eine demokratische – eine antifaschistische Feuerwehr.

Den Brand zu löschen ist das eine. Noch besser ist es jedoch aktiven Brandschutz zu betreiben. Was meine ich damit? Es gilt zu klären, was sind die Ursachen dafür, dass rechtspopulistische und rassistische Meinungen salon- und mehrheitsfähig werden. Was sind die Gründe dafür, dass immer mehr Menschen die vermeintliche „Alternative“ wählen?

Zur Klarstellung: Ich spreche von Erklärung nicht von Entschuldigung.

Soziale Ungleichheit und Abstiegsängste – das ist der Nährboden für Rechtspopulismus. Zu diesem Ergebnis kommen zahlreiche Untersuchungen u. a. auch von der Hans-Böckler-Stiftung. Diese Befunde treffen nicht nur für Deutschland und die AfD zu, sondern auch für viele andere Staaten mit sehr unterschiedlicher Ge-schichte und politischen Traditionen.

Hieraus könnte man den Schluss ziehen, soziale Gerechtigkeit und gute und sichere Arbeitsbedingungen stärken die Demokratie und schützen vor rechten Demagogen. Aktuell erleben wir das genaue Gegenteil.

Auf der einen Seite explodieren die Börsenkurse und die Dividendenausschüttungen an die Aktionäre erreichen immer neue Rekordhöhen. Die Folge: Es gab in diesem Land nie zuvor so viel Reichtum in so wenigen Händen.

Auf der anderen Seite erleben wir eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 130.000 Jobs in der Industrie abgebaut. Aktuell gehen hier jeden Monat 15.000 Arbeitsplätze verloren. Auch hier in Marburg und in Mittelhessen. Ein Blick an den Pharmastandort oder ins benachbarte Stadtallendorf oder Lollar genügt.

Während die Entscheider in den Vorstandsetagen munter Arbeitsplatzvernichtung betreiben, erleben wir gleichzeitig eine noch größere Sozialstaatsdemontage als zu Zeiten der Agenda-Politik und den Hartz Reformen.

Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren soll abgeschafft werden. Im Gegenzug wird das Renteneintrittsalter schrittweise auf 68, auf 69 und schließlich auf 70 Jahre angehoben. Auch die „Reformen“ bei Pflege und Gesundheit bedeuten Leistungskürzungen bei den Versicherten.

Damit nicht genug: Der 8-Stunden-Tag und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – zentrale und hart erkämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung - werden von der Regierung in Frage gestellt.

Und der aktuelle Sozialabbau ist erst der Anfang. Noch geht es „nur“ um Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten für die Kapitalisten. In wenigen Jahren müssen die Zinsen für die kreditfinanzierte Aufrüstung bedient werden. Dann wird das aktuelle Reformpaket, gemessen an der dann stattfindenden Sozialstaatsdemontage, wie ein Kindergeburtstag erscheinen.

Kein Wunder also, dass die Menschen sauer sind und sich angewidert von der etablierten Politik absenden.

Das ist genau die Lücke, in die die AfD hineinstößt. Sie generiert sich als „Arbeiterpartei“ als die Partei der kleinen Leute. Ein Blick in deren Wahlprogramm zeigt jedoch, dass sie das genaue Gegenteil davon ist. Sie steht für Neoliberalismus, sie steht für den Abbau von Arbeitnehmerrechten, sie steht für die weitere Umverteilung von unten nach oben.

Wer es nicht glaubt: Es waren auch die Abgeordneten der AfD im Thüringer Landtag, die im Februar 2020 den FDPler und größten Neoliberalen im Freistaat Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten gewählt hatten. Das zeigt die AfD ist keine soziale Alternative. Im Gegenteil, sie ist ein verlässlicher Partner der Marktradikalen und Niedriglohnbefürworter.

Zurück zu den Ergebnissen der Studien der HBS: Soziale Ungleichheit und Abstiegsängste sind der Nährboden für die Rechtspopulisten. Deshalb sage ich: Wir brauchen eine Doppelstrategie. Einerseits müssen wir – auf der Straße, im Betrieb, in den Vereinen und im Parlament – klare Kante zeigen gegen rechts.

Gleichzeitig müssen wir, wenn wir die Demokratie langfristig und wirkungsvoll schützen wollen, unseren Sozialstaat gegen neoliberale Ideologen verteidigen – auch gegen die aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft.

Deshalb lade ich euch ein, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden am Samstag, den 26. September in Frankfurt gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung auf die Straße zu gehen.